

## Konferenz der BI's gegen Atomanlagen vom 7.5.78 in Hannover

Nachdem am 22.4. sich bereits AKW-Gegner aus über 20 Städten getroffen hatten, trafen sich nun am 7.5. AKW-Gegner aus über 30 Städten (ca. 100 Leute), um über das weitere Vorgehen der Bewegung zu beraten. Einige hatten Einladung und Protokoll über den 22.4. nicht oder sehr spät erfahren. Deshalb liebe Leute: Gibt uns Eure funktionierenden Kontaktadressen!

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage was angesichts der Grohnde- und anderer Prozesse zu tun ist, und wie man am besten an das WAA-Problem in Gorleben herangeht. Die meisten BI's hatten bereits über die Frage Großdemo ja/nein, am 20.5. oder später, mit/ohne Aktionswochenende diskutiert. Anwesend waren folgende Orte und/oder BI's: Hannover, BI-Hannover-Oststadt/List, HH-BUU, HH-Autonome, Bremen, Bremerhaven, Nienburg, Bochum, Salzgitter, Gießen, Köln, Mainz/Wiesbaden, Hildesheim, Kaiserstuhl, Koblenz, Frankfurt, Frankfurt-Bornheim, Göttingen, Westberlin, Wolfsburg, Darmstadt, Duisburg, Münster, Bielefeld, Bielefeld/AK-Umwelt, Kassel, Zeven, Dortmund, Dörverden, Langen, Hameln, Celle, Wunstorf, Osnabrück, Marburg, Düsseldorf.

Gegen eine Großdemo auf jeden Fall sprachen sich eindeutig aus: Hannover-Plenum (ohne BI-Oststadt/List), Frankfurt/Bornheim, Bielefeld/AK-Umwelt, Hameln.

Der größte Teil der übrigen Vertreter sprach sich für eine bundesweite Demo gegen die Prozesse aus. Einige hatten noch nicht diskutiert bzw. andere Vorschläge für Aktionen in Gorleben. Der 20.5. als Aktionstermin wurde von allen als zu kurzfristig verworfen, auch von denen, die ihn ursprünglich eingebracht hatten.

Beschlüsse: - Kongress/Arbeitstreffen und Demonstration werden als eine Einheit betrachtet und an einem (verlängerten) Wochenende durchgeführt. Termin: Um den 10./11., Ort: Hannover

- Demonstration am 10.6. in Hannover, bundesweit
- Demonstrationsaufruf (siehe Beilage)

Es wurden 2 Vorbereitungsgruppen gebildet:

- Demonstrationsvorbereitungsgruppe, 1. Treff Sa. den 13.5., 16.00 Hannover  
Eingang Freizeith. Lister Turm, Walderseest. 100
- Kongressvorbereitungsgruppe, 1. Treff Sa. den 13.5., 14.00 Hannover  
Eingang Freizeith. Lister Turm

Zuerst gaben die anwesenden Vertreter und Beobachter einen Überblick über ihre Orte und den Diskussionsstand in ihren Gruppen. Die meisten Gruppen hatten das letzte Protokoll erhalten und diskutiert bzw. andiskutiert. Schon die Vorstellung der Gruppen ergab ein klares Bild, daß die Mehrheit für eine Großdemo gegen die Prozesse war, z.Teil unter der Bedingung, daß sie besser vorbereitet sein muß, als die am 25.2. in Hannover. Darüber hinaus wurden folgende Vorstellungen geäußert:

- Demo gekoppelt mit Kongress/Arbeitstreffen/Festival
- Demo ohne Kongress (Bielefeld)
- Großaktion in Hannover, wenn anschließend nach Gorleben (Autokoro)(Nienbg)
- Demo in Grohnde, Herbst dann Gorleben (Zeven)
- Demo am Bauplatz und nicht nur gegen Prozesse (Osnabrück)

Hannoversche AKW-Gegner legten ein Papier vor mit Vorstellungen über einen Kongress und schlugen vor sich aufzuteilen und getrennt über Demo und Kongress zu reden, da sie selber an der Demo kein Interesse hatten. Im Verlaufe der Diskussion setzte sich der Standpunkt durch Kongress/Arbeitstreffen und Demo als eine Einheit zu betrachten und im weiteren Verlauf die inhaltlichen Schwerpunkte festzulegen.

Gegen die Demo wurde vor allen Dingen eingewandt, daß in Hannover schon 6 Demos gewesen wären, die nicht viel gebracht hätten; nach einer Demo wäre nicht mehr viel Lust für Diskussion und Veranstaltungen vorhanden; vor allen Dingen käme es darauf an die eigenen Probleme der Bewegung und Widerstandsformen und Perspektiven zu diskutieren (siehe Beilage). Für Demo und Kongress wurden insgesamt (auch letzte Konferenz) folgendes vorgetragen:

- Die Prozesse stellen im Augenblick und wahrscheinlich bis zum Herbst die wichtigsten und massivsten Angriffe auf die Bewegung dar, darauf müsse auch gemeinsam und wirksam geantwortet werden.

- Gerade im Hinblick auf Gorleben muß den Angeklagten starke Solidarität gezeigt werden. Denn Jeder, der mit nach Gorleben will, wird sich die Frage nach dem Risiko und der Solidarität stellen, wenn allein schon für die Anwesenheit bei einer Demo hohe Freiheitsstrafen erwartet werden können. Von der Perspektive gegen die WAA in Gorleben sollte auch diese Großaktion getragen werden.
- Eine Großdemo mit zigtausenden Leuten beeinflusst die öffentliche Meinung und die Gerichte können nicht ohne weiteres daran vorbei, auch wenn es nur dazu dient Revisionsverfahren durchzusetzen.
- Für eine möglichst große Wirksamkeit ist ein breites Bündnis über die eigentliche AKW-Bewegung hinaus notwendig, die sich gegen die Prozesse richtet und in einem gemeinsamen Machtausdruck zusammengefaßt werden muß.
- Ein Kongress/Arbeitstreffen sollte sowohl nach außen als auch nach innen wirken. Die Bewegung sollte ihre eigenen Probleme und Vorstellungen diskutieren und die Öffentlichkeit informieren und möglichst mit einbeziehen.
- Verschiedene Vertreter äußerten die Hoffnung, daß diese Großaktion an ihren Orten einen Aufschwung bringt, da in Bezug auf die Prozesse noch nicht viel unternommen worden sei, denn gerade diese Großaktion sollte durch konsequente Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltung an den einzelnen Orten vorbereitet sein.

Schließlich zogen ca. 20-30 hauptsächlich hannoversche AKW-Gegner in einen anderen Raum, um über ihre Vorstellungen zum Kongress zu beraten. Bielefeld setzte sich gegen einen Kongress ein, weil sie ein Treffen wie Tünx (Saufelage u.ä.) befürchteten. In einem anschließenden Meinungsbild sprach sich nur Bielefeld dagegen aus Kongress/Arbeitstreffen und Demo als eine Einheit zu betrachten.

In der Diskussion über die Inhalte dieser Großaktion wurde immer wieder die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses über die eigentliche Anti-AKW-Bewegung hinaus betont. Es wurde auf eine bevorstehende Konferenz von Betriebsräten in NRW hingewiesen, die sich die Atomenergie richtet, sowie auf betriebliche Resolutionen (Z.B. VW in Hannover). Vorschläge wurden laut zur Zusammenarbeit mit dem Russel-Tribunal oder Organisationen die sich gegen den Abbau demokr. Rechte richten. Angeklagte im Bonner Rathausbesetzungsprozeß berichteten von der Gemeinsamkeit ihrer Anklagen mit den Grohndeprozessen.

In der Diskussion setzten sich folgende Schwerpunkte ohne grundsätzlichen Widerspruch für den Kongress/Arbeitstreffen durch, ohne daß diese aus Zeitmangel noch konkretisiert werden konnten.

- 1) Atomenergieprogramm und Demokratie
- 2) Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften
- 3) WAA in Gorleben
- 4) Widerstandsformen (Strompreisboykott, Selbstanzeigen, Prozesse gegen AKW's u.ä.)

Die Schwerpunktmäßige Vorbereitung dieser Punkte haben übernommen:

- Zu1) Hamburg/Hannover (Kontakt in Hannover erfragen)
- Zu2) NRW(Bochum)
- Zu2+3) Bremen (BDA Bremen, Fedelhören 14, 28 Bremen, Tel.: 0421/530)

Alle BI's und einzelnen AKW-Gegner sind aufgefordert eigene Initiativen und Vorschläge zu diesen Themen oder darüberhinaus vorzubereiten. Z.B. über Arbeit in Stadtteilen, Alternativenergien, Frauen gegen AKW's usw. sollten Gruppen über ihre Erfahrungen berichten und sich mit anderen BI's beraten. Wir werden uns bemühen genügend Räume dafür zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollte genügend Aktivitäten durch Info-Stände, Filme Pflastermalerei usw. entstehen.

Zur Vorbereitung der Demo wurde nach langer kontroverser Diskussion, die wir hier aus Platzgründen nicht näher wiedergeben wollen, ohne Widerspruch beiliegender Aufruf angenommen.

Gegen Ende des Treffens kamen die oben genannten AKW-Gegner wieder ins Plenum. Sie teilten ihren Beschluß mit, daß man Kongress und Demo arbeitsmäßig an einem Wochenende und in der Kurzfristigkeit nicht leisten könne. Deshalb wollen sie einen Kongress für Ende Juni vorbereiten. Das Plenum reagierte mit starkem Widerspruch. In einer neuerlichen Absti-



mmung stimmten über 3/4 der Anwesenden für die Kongress/Arbeitstreffen und Demo. Die Minderheit wurde aufgefordert im Interesse der Gemeinsamkeit sich der Mehrheit anzuschließen und zu einem guten Gelingen beizutragen. Wir, die Protokollschreiber, meinen, daß das beiliegende Papier dieser Freunde die Möglichkeit bietet zusammenzuarbeiten. Daß man nämlich den 10./11. als Anfang in der Diskussion innerhalb der Bewegung betrachtet, die durchaus bei dem von diesen Freunden geplanten Treffen fortgesetzt werden kann.

Liebe Freunde!

Die BI-Oststadt/List hat noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine breite Unterstützung von anderen Städten zur Vorbereitung der Großaktion unbedingt erforderlich ist. Am Schluß des Treffens wurden 2 Vorbe-  
reitungsgruppen gebildet (Demo+Kongress/Arbeitstreffen). Da eine Unmenge Arbeit auf uns wartet fordern wir Euch dringend auf die Vorbereitungen aktiv mitzutragen.

Teilt bitte schnellstmöglich mit, wieviel Flugblätter und Plakate ihr jeweils benötigt und auf welchem Wege ihr sie erhalten könnt..

Kontaktadresse: Leider haben sich bisher einige Leute aus der Info-Gruppe Hannover es abgelehnt das Info-Büro für die Vorbereitungen des 10./11. zur Verfügung zu stellen. Deshalb haben wir proviso-  
risch folgende Adresse: M. Kiper, Bödekerstr. 86, 3000 Hannover  
Tel.: 0511/319182. Das Tel. ist Mo., Mi., Fr. von 18.00-20.00 besetzt.

Leider kam es auf dem Treffen nicht mehr zu einer neuerlichen Terminfestlegung für ein bundesweites Vorbereitungstreffen. Da wir glauben, daß ein solcher Termin einsichtig und absolut notwendig ist, laden wir Euch ein zum 20.5. nach Hannover: 10.00, Lister Turm, Walderseest. 100. Ein anderer Termin war leider nicht zu finden, da am Sonntag eine Küstenkonferenz der BI's und am Samstag Nachmittag ein anderer Kongresstermin stattfindet

Mit atomfeindlichen Grüßen

+eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt  
letzte meldung: Die Bauern in Gorleben brauchen Eure Spontangruppe Protokoll ganz dringend und schnell die breite und solidarische Unterstützung der gesamten Anti-AKW-Bewegung in der BRD und über die Grenzen hinaus! - und zwar (schon) jetzt! - W A R U M ? - Die Betreiber (DWK) haben mit Un-  
terstützung der Bundesregierung die ansässigen Bauern und Grundbesitzer, die sich zum "Interessenverein Naturpflege und Umweltschutz Gorleben" zu-  
sammengeschlossen haben, derartig eingeschüchtert, erpreßt und unter Druck gesetzt, daß quasi alle bis zum ultimativ gesetzten Verkaufstermin 2  
(02. Mai 1978, 24.00 Uhr) die Teile ihres Landes, das für das 12 km<sup>2</sup>  
große Gelände der WAA vorgesehen ist, verkauft haben.  
Der DWK konnte dies nur gelingen, weil diese Bauern am Rande des Existenz-  
minimums ihr Land bewirtschaften und allein niemals die angedrohten  
Enteignungsverfahren (bei ca. 30.000,-DM Prozeßkosten pro Landwirt) durch-  
stehen können - und sie bisher noch nicht mit der breiten Unterstützung  
der Anti-AKW-Bewegung rechnen konnten! - Noch ist es nicht zu spät !!! -  
aber die Zeit drängt sehr !!! --- Bis zum 15. Juni 1978 können die Bauern  
noch von den erpreßten Verträgen zurücktreten. Damit sie sich aber zu  
diesem Schritt gemeinsam entschließen und die dann drohenden Enteignungs-  
verfahren ohne eigene Existenzangst durchstehen können, brauchen sie unser  
aller massive moralische und vor allem materielle Unterstützung (harte DM)  
jetzt und sofort !!! D E S H A L B :

- 1) Schickt Solidaritätsbriefe mit Ankündigung von Unterstützung und Auf-  
forderung zum Durchhalten stellvertretend für alle erpreßten Bauern an:  
Landwirt Otto Klaucke, 3131 Marleben Post Trebel, tel (05848) 468
- 2) Sammelt Geld und spendet selbst auf das Konto der BI Lüchow-Dannenberg  
Kreissparkasse Lüchow, Konto-Nr. 2060721, BLZ 25851436  
Stichwort: "Gorleben soll leben - kein Land an die DWK"
- 3) Fordert detaillierte Informationen an bei: Bürgerinitiative Umweltschutz,  
3000 Hannover 1, Königstr. 53, tel (0511) 18023 (Mo-Fr, 8-18h besetzt)  
Bitte für Tonbandcassette, Druck- und Portokosten 3,-DM in Briefmarken  
beilegen!
- 4) 1. Möglichkeit für direkte Information und gemeinsame Organisation von  
Gegenmaßnahmen beim Pächtertreffen in Trebel ab Pfingstsamstag (13.5.)  
Näheres bitte erfragen bei: Martin Mombaur, tel (05856) 249  
gez. Joachim Steffen

## NEUES TERRORURTEIL GEGEN AKW-GEGNER

1 JAHR HAFT FÜR HELMUTH OLDEST ( ESO ) AUS LÜCHOW

GERICHT VERZICHTET AUF DEN LETZTEN SCHEIN VON OBJEKTIVITÄT

GERICHTSSAAL GEWALTSAAM GERÄUMT

Das Landgericht Hannover setzt seinen Beitrag zur Durchsetzung des Atomprogrammes fort. Nachdem die 12. Große Strafkammer Mitte April den Atomkraftgegner Gerd Schulz zu 13 Monaten Haft, die 2. Gr. Strafkammer Christian Gehrke zu 11, die 3. Gr. Strafkam-  
mer Andreas Hanke zu 12 Monate n Haft - alle ohne Bewährung - verur-  
teilt hatte, hat heute die 8. Gr. Strafkammer erneut die Atomkraft-  
gegnerschaft mit einem Jahr Haft bestraft.

### DER VORWURF :

Die Staatsanwaltschaft hatte Hel-  
muth vorgeworfen, bei der Demon-  
stration gegen das geplante Atom-  
kraftwerk Grohnde mit einem Knüp-  
pel auf einen Polizeibeamten ein-  
geschlagen zu haben. Beweise: 2  
Polizisten. Ein weiteres ange-  
liches Beweismittel - ein Foto,  
das Helmuth mit dem Knüppel zeig-  
en sollte - widerlegte in Wirklich-  
keit die Anklage: der angeblich  
abgebildete Knüppel entpuppte  
sich als Seil. Der angeblich  
verletzte Polizeibeamte behauptete,  
von Helmuth am Kopf getrof-  
fen worden zu sein, obwohl er zu-  
vor immer davon sprach, daß er  
alle Schläge mit seinem Schild  
habe abwehren können. Zu allem  
Überfluß behauptete er auch noch,  
daß Helmuth ihn in den Stiefel  
gebissen (!) habe. Ührlich!  
Das alles war neben sonstigen  
Ungereimtheiten kein Grund, die  
Glaubwürdigkeit der Polizeiaus-  
sage anzuzweifeln.  
Und erst der 2. Belastungszeuge:  
dieser Polizist hatte sogar in  
den Akten radiert, um seine Aus-  
sage glaubwürdiger zu machen. Um  
seine Wahrnehmung zu bekräftigen  
hat er nachweisbar wahrheitswid-  
rig behauptet, im gleichen Halbzug  
der Polizeihundertschaft gewesen  
zu sein wie der angeblich ver-  
letzte Kollege.

Überflüssig zu betonen, daß die  
angebliche Tatwaffe nie gefun-  
den wurde.

### DAS URTEIL

Getreu dem Auftrag, den Minister-  
präsident Albrecht den Gerichten  
gegeben hatte ("möglichst schnell-  
le Aburteilung der Grohnde-Ver-  
brecher") hat das Gericht alle  
Widersprüche glattgebügelt und  
"keinerlei Grund gesehen, an der  
Glaubwürdigkeit der Polizeibeamten  
zu zweifeln". Offensichtlich war  
es dem Gericht aber doch zu unan-  
genehm, sein Urteil öffentlich zu  
verkünden. Die Verkündung bega nn,  
als noch lange nicht alle Zuschauer  
im Saal waren und auch die erschie-  
nenen wurden nach 1 Minute von n  
Polizisten unter Knüppel Einsatz  
hinausgedrängt. Dieses Gericht hat  
es nicht nötig, sein "im Namen des  
Volkes "gefälltes Urteil dem Volk  
bekanntzumachen. Offensichtlich ge-  
nügt eine Meldung an den Innen-  
minister: "Auftrag erledigt".  
Dieses Urteil kann noch mit der  
Revision angefochten werden, deren  
Chancen aber eher negativ zu be-  
urteilen sind. Es ist also damit  
zu rechnen, daß die jetzt verur-  
teilten AKW-Gegner im Herbst ins  
Gefängnis müssen.

### Wie gehts weiter

Es stehen noch 5 Prozesse aus  
dem Verfahren gegen R. Jörß wird  
demnächst die Urteilsverkündung  
stattfinden. Wir werden alle Ver-  
fahren breit bekannt machen, um  
der Öffentlichkeit zu zeigen, mit  
welchen Mitteln die Justiz Atom-  
kraftgegner hinter Gittern bringen  
will und dies auch tut. Dann wer-  
den immer mehr Menschen sehen, daß  
diese Justiz nicht in unserem Na-  
men sondern genauso gegen das Volk  
urteilt, wie die Regierungen schon  
lange gegen das Volk Atomkraftwer-  
ke bauen.

ES IST KRIMINELL ATOMKRAFTWERKE ZU BAUEN - NICHT SIE ZU VERHINDERN  
SPENDET FÜR DIE ANGEKLAGTEN - AUFHEBUNG DER URTEILE

VISP: K. WOLZ, ELISENSTR 235, 3491